



Newsletter
2/2026

Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. Juni 2026 findet in der Gemeinde Wiefelstede im Ammerland der lang ersehnte formale und zu Recht feierliche erste Spatenstich für den 1. Bauabschnitt der A20 zwischen Westerstede und Jaderberg statt. Dieser wird von Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder, Ministerpräsident Olaf Lies und dem Chef der Autobahn GmbH, Dr. Michael Güntner, vorgenommen.

Wir freuen uns sehr über diesen sichtbaren Fortschritt bei der Küstenautobahn.

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters.
Die nächste Ausgabe soll im September 2026 erscheinen.

Der Vorstand

Michael Blach, Vorsitzender

Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister

Kai Seefried, Beisitzer

Henning Wessels, Beisitzer

Thorsten Krüger, Beisitzer

Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter



KLAGE GEGEN KEHDINGER KREUZ: BUNDESVERWALTUNGSGERICHT URTEILT IM A20-SINNE

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Mai die Klage eines Fährunternehmens gegen das geplante Autobahnkreuz Kehdingen der A20 als unzulässig abgewiesen.

„Starkes Signal für Zukunftsfähigkeit“

Geklagt hatte das Elbfährunternehmen FRS Glückstadt Wischhafen. Es sah sich durch die Planungen der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in seiner Existenz bedroht. Die Richter urteilten jedoch, dass das Autobahnkreuz an Land nicht mit dem Fährbetrieb konkurriere: „Es ist in jeder Sichtweise ausgeschlossen, dass Rechte der Klägerin durch dieses Autobahnkreuz verletzt werden.“

Vielmehr sei der Fährbetrieb vom geplanten neuen Elbtunnel betroffen. Doch die Entscheidung für die Untertunnelung der Elbe für den Bau der A20 sei bereits vor zehn Jahren gefallen.

Die Industrie- und Handelskammer Elbe-Weser begrüßt die Entscheidung des Gerichtes.

Sie sei ein „starkes Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes“, so Martin Bockler, Leiter Standortpolitik. Bockler sagt: „Diese Autobahnverknüpfung schafft einen entscheidenden regionalen Standortvorteil und stärkt insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Für Bevölkerung und Unternehmen wird sich die Erreichbarkeit spürbar verbessern – ein Impuls, der gerade in Verbindung mit dem Tunnel zusätzliche Dynamik in die Region bringen wird.“ Was nur noch ausstehe, sei das Baurecht für den unmittelbar an den Tunnel anschließenden Bauabschnitt 7 auf schleswig-holsteinischer Seite; dann könne mit dem Tunnel endlich begonnen werden.

FÖRDERVEREIN UND FÖRDERKREIS: ONLINE-PETITION FÜR ELBTUNNEL LÄUFT!

Wann wird der Elbtunnel zwischen Drochtersen und Glückstadt gebaut? Mit einer Online-Petition wollen Akteure aus der Region den Druck auf die Politik in Sachen Küstenautobahn erhöhen. Der Förderverein Pro A20 e.V. und der Förderkreis Feste Unterelbequerung e.V. haben aus diesem Grund eine gemeinsame Initiative auf der Plattform change.org gestartet. Ziel ist es, den Bau der A20 und des Elbtunnels zwischen Drochtersen und Glückstadt voranzubringen. Mit einer Länge von 5,7 Kilometern zwischen den beiden Tunnelportalen wäre der künftige Elbtunnel der längste Unterwassertunnel Deutschlands und bundesweit der zweitlängste Straßentunnel.

Nur zusätzlicher Tunnel kann wirksam entlasten

Die Initiatoren der Petition formulieren ihr Anliegen deutlich: „Die Unterelbe braucht eine feste Verbindung – und zwar so schnell wie möglich.“

Nur ein zusätzlicher Elbtunnel könne den Verkehrsengpass rund um Hamburg wirksam entlasten. Seit Jahrzehnten würden Menschen und Unternehmen auf die Querung zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein warten. Die A20 sei mehr als nur Asphalt und stelle eine Lebensader in die Zukunft dar, heißt es von beiden Vereinen. Als Argumente werden unter anderem bessere Verbindungen für Häfen und Industrie, weniger Staus sowie Impulse für Tourismus und Energiewende angeführt.

Gleichzeitig warnen die Initiatoren vor den Folgen weiterer Verzögerungen: „Dann bleibt Hamburg das Nadelöhr von Norddeutschlands Infrastruktur.“

Unter der Adresse www.change.org/A20-Elbtunnel können Unterstützer ihre Stimme abgeben.

AN DER KÜNFTIGEN A20-TRASSE: GEWERBEPARK GMBH GEGRÜNDET

Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem interkommunalen Gewerbegebiet ist geschafft: Die Gewerbepark Wesermarsch GmbH wurde offiziell gegründet.

Die Gründung der Gesellschaft geht auf eine im Jahr 2024 initiierte Potenzialanalyse mit Standortentwicklungskonzept zurück. Diese hat Flächen im Kreisgebiet identifiziert, die sich besonders gut für eine überregionale Vermarktung und nachhaltige gewerbliche Entwicklung eignen.

Alle Städte und Gemeinden beteiligen sich

Eine Kernfläche hierbei ist ein möglicher rund 138 Hektar großer Gewerbepark. Dieser soll im Kreuzungsbereich der Bundesstraßen 212 und 437 an der zukünftigen Trasse zur A20 entstehen.

Zu Geschäftsführern wurden Harald Stindt, Bürgermeister der Gemeinde Stadland, und Lutz Stührenberg, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Wesermarsch GmbH, bestellt.

An der Gesellschaft sind der Landkreis sowie alle kreisangehörigen neun Städte und Gemeinden beteiligt. Das Stammkapital der Gewerbepark Wesermarsch GmbH beträgt 100.000 Euro. Es wurde zu gleichen Teilen von den Gesellschaftern bereit gestellt. Der Landkreis übernimmt dabei die Anteile der Kommunen und stellt darüber hinaus eine Anschubfinanzierung in Höhe von einer Million Euro bereit.

Ziel der neuen Gesellschaft: Größere Flächen mit guten Standorteigenschaften werden gemeinsam entwickelt und vermarktet. Durch das interkommunale Vorgehen sollen Synergien der Städte und Gemeinden für die Ansiedlung von Unternehmen genutzt sowie Fördermittel erschlossen werden.



**HAFENPOLITISCHE SPRECHER DER CDU-
LANDTAGSFRAKTIONEN:
GEMEINSAMES POSITIONSPAPIER ZU HÄFEN
* AUCH A20 WIRD UNTERSTÜTZT**

Die hafenspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der norddeutschen CDU-Fraktionen trafen sich in Wilhelmshaven. Dort beschlossen sie ein gemeinsames Positionspapier zur Zukunft der deutschen Hafenspolitik. Anlass war die Nationale Maritime Konferenz am 29. und 30. April in Emden.

In Wilhelmshaven tagten Susanne Grobien (Bremen), Dr. Antonia Goldner (Hamburg), Wolfgang Waldmüller (Mecklenburg-Vorpommern), Hartmut Moorkamp (Niedersachsen) und Rasmus Vöge (Schleswig-Holstein). Sie erklärten: „Unsere Häfen sind das Rückgrat der Exportnation Deutschland, Drehscheiben der Energiewende und Garanten für Versorgungssicherheit. Damit sie diese Rolle auch künftig erfüllen können, braucht es jetzt zusätzliche Investitionen, mehr Tempo bei Planung und Umsetzung sowie verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Deshalb erwarten wir ein klares politisches Signal und die notwendigen finanziellen Voraussetzungen.“

Das Papier enthält auch ein Bekenntnis zu A20.

Mit dem Dokument machen die CDU-Fraktionen deutlich: „Deutschlands Häfen sind eine nationale Aufgabe. Ihre Bedeutung reicht weit über die Küstenländer hinaus – für Wirtschaftswachstum, Energiewende und die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit unseres Landes. Entsprechend braucht es eine abgestimmte Weiterentwicklung der Hafenstrategie von Bund und Ländern sowie eine verlässliche Finanzierung.“

Sieben zentrale Handlungsfelder im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Positionierung stehen sieben zentrale Handlungsfelder:

Eine verlässliche Finanzierung der Häfen sei unerlässlich. Der Bund müsse sich dauerhaft und substanziell an der Finanzierung der Hafeninfrastruktur beteiligen. Dafür ist nach Meinung der Christdemokraten insbesondere der Bundesfinanzminister gefordert: Er solle die notwendigen Mittel bereitstellen und Planungssicherheit schaffen. Gleichzeitig bleiben laut CDU-Papier auch die Länder in der Verantwortung, die ihren Beitrag zur Modernisierung der Standorte leisten sollten.

Ein weiteres Handlungsfeld: Häfen müssten konsequent als Energiedrehscheiben der Transformation gestärkt und für die maritime Wirtschaft faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden.

Sicherheit und Resilienz der Häfen stärken

Nach Auffassung der Christdemokraten muss es zu einem beschleunigten Ausbau hafenrelevanter Infrastruktur kommen. Projekte wie die Weser- und Außenemsvertiefung sowie leistungsfähige Hinterlandanbindungen hätten höchste Priorität. Schiene, Straße und Wasserstraße müssten gemeinsam gedacht sowie Engpässe konsequent beseitigt werden, fordern die CDU-Politiker.

Die hafenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher plädieren für deutlich vereinfachte und beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Hafenprojekte sollten in das Infrastruktur-Zukunftsgesetz des Bundes aufgenommen oder durch ein eigenes Beschleunigungsgesetz flankiert werden.

Die Binnenhäfen sind aus der Sicht der CDU-Politiker ebenfalls ein zentraler Bestandteil der nationalen Hafenstrategie.

Ihre Modernisierung und bessere Anbindung stärkten Versorgungssicherheit und klimafreundliche Logistik. Voraussetzung dafür sei eine leistungsfähige Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Schließlich müsse auch die Sicherheit und Resilienz der Häfen gestärkt werden, wie es in dem CDU-Papier heißt. Häfen mit militärischer Relevanz seien kritische Infrastruktur und verdienten besondere Aufmerksamkeit.

CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION BREMEN: „A20 EIN ZENTRALES SCHLÜSSELPROJEKT“

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen bekräftigt: Die A20 müsse zügig umgesetzt werden. Nach Auffassung von Thorsten Raschen, hafenpolitischer Sprecher (Land) der CDU-Fraktion, eröffnen sich mit der Küstenautobahn „ganz neue Möglichkeiten für den Wirtschaftsstandort und die gesamte Region“. Dieses Projekt sei „von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Hafen- und Industriestandorts“, so Raschen. Die Küstenautobahn sei ein entscheidender Baustein, der die verkehrliche Trennung zwischen den norddeutschen Bundesländern und den Ostsee-Anrainern überwinden und gleichzeitig die Hinterlandanbindung der Nordseehäfen deutlich verbessern könne. Zudem, so Raschen, diene eine verkürzte Verbindung zwischen den beiden großen deutschen Häfen in Bremerhaven und Hamburg der Umwelt.

Landstraßen und Anwohner werden entlastet

Michael Jonitz, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, ergänzt: „Es wäre fatal für die gesamte Region, wenn die A20 nicht kommt oder weiter auf die lange Bank geschoben wird. Wir brauchen endlich Fortschritte und vor allem Umsetzungen bei diesem Projekt.“ Neben der wirtschaftlichen Bedeutung gehe es um eine spürbare Entlastung für die Menschen vor Ort. Denn: „Eine leistungsfähige Autobahnverbindung sorgt dafür, dass der Verkehr gebündelt wird. Landstraßen sowie Anwohnerinnen und Anwohner werden entlastet.“ Die A20 würde dringend notwendige Redundanzen für die Anbindung der norddeutschen Seehäfen schaffen – zum Beispiel bei Großbaustellen oder Streckensperrungen sowie einem Angriff auf die Infrastruktur. 7

Für die CDU-Fraktion sei klar: „Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, die den Anforderungen von Wirtschaft, Mobilität und Sicherheit gerecht wird. Die A20 ist dafür ein zentrales Schlüsselprojekt.“



EVENT BEIM INTERNATIONAL TRANSPORT FORUM: GEMEINSAMES WERBEN FÜR BESCHLEUNIGTE VERFAHREN

Bei dem Side Event „Fast Track Europe: schneller planen, schneller bauen und weniger Bürokratie im Verkehrssektor“ im Rahmen des International Transport Forum (ITF) in Leipzig haben hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden für einen entschlossenen Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie eine deutliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrssektor geworben.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie Europa seine Wettbewerbsfähigkeit stärken, Infrastrukturprojekte schneller realisieren und Investitionen erleichtern kann. Einigkeit bestand darüber, dass leistungsfähige Verkehrssysteme eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftliche Mobilität und die strategische Resilienz Europas sind.

Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder erklärte: „Leistungsfähige Verkehrswege sind die Voraussetzung dafür, dass Menschen zuverlässig ans Ziel kommen, Unternehmen investieren und Arbeitsplätze entstehen. Europa braucht mehr Tempo bei Planung, Genehmigung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten.“

Minister Schnieder mahnt gemeinsame Initiativen an

Deutschland baue nationale Hemmnisse entschlossen ab. Gleichzeitig müsse auch auf europäischer Ebene Bürokratie konsequent reduziert werden, so der CDU-Politiker. Schnieder weiter: „Wir brauchen jetzt gemeinsame Initiativen, damit Infrastruktur schneller, digitaler und rechtssicher realisiert werden kann.“

Der Minister verwies darauf, dass das Bundesministerium für Verkehr bereits konkrete nationale Reformschritte eingeleitet habe. Dazu zählten ein Bürokratieentlastungsgesetz für den Verkehrsbereich sowie ein Infrastruktur-Zukunftsgesetz. Mit denen sollen Verfahren vereinfacht, Zuständigkeiten gebündelt und wichtige Projekte schneller umgesetzt werden.

Beim Side Event „Fast Track Europe: schneller planen, schneller bauen und weniger Bürokratie im Verkehrssektor“ wurde deutlich: Nationale Maßnahmen allein reichen nicht aus. Denn ein erheblicher Teil der administrativen Belastungen für Wirtschaft und Verwaltung gehe auf europäische Regelungen zurück, hieß es. Deshalb brauche es nun auch auf EU-Ebene ein gezieltes Vereinfachungs- und Beschleunigungspaket für den Verkehrssektor.

Kontakt zum Förderverein ProA20 e.V.

Förderverein Pro A20 e.V., c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen;

Tel. 0421/36 37 270; Fax 0421/36 37 274; Mail: info@pro-a20.com

Foto-Quellen:

Seite 2: Pixabay; Seite 5: CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen; Seite 8: Pixabay

Redaktion:

Thomas Klaus, Freier Redakteur; Olaf Orb (Förderverein Pro A20 e.V.)